

Im freien Fall

Die Situation der Musikschul- und Privatmusiklehrkräfte verschlechtert sich immer weiter

Von März 2012 bis Mai 2012 wurde im Auftrag der ver.di Fachgruppe Musik eine bundesweite Umfrage zu Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen von Musikschullehrkräften und privaten Musiklehrern durchgeführt. Das Ergebnis ist katastrophal: Die Situation hat sich erneut drastisch verschlechtert, die weit überwiegende Zahl der Lehrkräfte lebt unterhalb der Armutsgrenze oder ist von Armut bedroht.

Die Befragung ist die Wiederholung der ersten Umfrage von 2008. Der Fragebogen wurde 2012 in den Bereichen „Einkommenssituation“ und „soziale Situation“ geringfügig angepasst, jedoch im Bereich „Kooperation mit allgemein bildenden Schulen“ erweitert. Es gingen Antworten von 5.271 Personen mit 6.871 Beschäftigungsverhältnissen ein. Damit hat sich der Rücklauf – auch dank der Unterstützung durch die Verbände – gegenüber 2008 fast verdreifacht.

Eigentlich sollte 22 Jahre nach der Wiedervereinigung die Aufsplittung der Ergebnisse in alte und neue Bundesländer und Berlin aufgegeben werden. Leider zeigte sich aber, dass die Unterschiede weiter so stark bestehen, dass die getrennte Betrachtung für diese Regionen in vielen Bereichen der Umfrage aufrechterhalten werden musste.

Bereits bei der ersten Befragung im Jahr 2008 war die Situation der Lehrer besorgniserregend. Vier Jahre später hat sich sowohl die soziale als auch die finanzielle Situation noch deutlich verschlechtert. Eine feste Beschäftigung mit einer Vollzeitstelle als Musikschullehrerin oder Musikschullehrer ist die absolute Ausnahme, wobei Berlin mit nur 0,9% Vollzeitstellen hier einen negativen Rekord aufstellt. In den alten Ländern verfügen 8,8% und in den neuen Ländern 11,2% der Befragten über eine Vollzeitstelle.

Bundesweit werden mittlerweile 58% der Lehrkräfte als freie Mitarbeiter beschäftigt (2008 waren es noch 45%). Auch hier bildet Berlin mit 94,2% freien Beschäftigungsverhältnissen das Schlusslicht (2008: 78%). In den neuen Bundesländern hat sich die Situation mit 75,4% freien Beschäftigungsverhältnissen gegenüber der vorigen Befragung (60%) erheblich verschlechtert. In den alten Bundesländern ist der Trend zu freien Mitarbeitern noch deutlicher zu beobachten. Während 2008 nur 34% der Beschäftigungsverhältnisse mit freien Mitarbeitern bestanden, sind es 2012 bereits 51%. Das vom VdM angestrebte Ziel, mit mindestens 70% fest angestellten Lehrkräften zu arbeiten, wird nirgends erreicht.

Die Jahreshonorare der vielen freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich deutlich verschlechtert. Erzielte ein freier Mitarbeiter 2008 im bundesweiten Durchschnitt noch 13.330 € Jahreseinkommen, so sank dieses Einkommen auf jetzt gerade noch 12.404 €. Um dieses Einkommen zu erzielen, benötigen die freien Musikschullehrkräfte durchschnittlich 1,4 Beschäftigungsverhältnisse. Mehr als jede dritte Musikschullehrkraft arbeitet in zwei oder mehr Beschäftigungsverhältnissen (2008 war es nur jeder vierte).

Diese Situation entspricht, wie auch bereits in der Umfrage von 2008 festgestellt, keineswegs den Wünschen der Musikschullehrerinnen und -lehrer. 77% der befragten freien Mitarbeiter an Musikschulen gaben an, sich eine feste Stelle entweder als Voll- oder als Teilzeitbeschäftigung zu wünschen. Auch die Tatsache, dass 52% der Befragten angaben, aus finanziellen Gründen gerne mehr unterrichten zu wollen, zeigt die verzweifelte Lage, in der sich die Lehrkräfte befinden. Da jedoch zugleich 53% angaben, entweder aus Schülermangel oder weil die Musikschule nicht mehr Stunden anbietet, nicht ausreichend unterrichten zu können, besteht hier häufig eine ausweglose Situation.

Ein weiteres Problem, das bereits bei der Umfrage 2008 sichtbar wurde, ist der durch die Ganztagschule zunehmend in den Nachmittag hinein verlängerte Unterricht an den allgemein bildenden Schulen. Bereits 2008 gaben 63% der Lehrer an, dadurch organisatorische Probleme zu bekommen. Bei der aktuellen Umfrage hat sich diese Zahl mit 78% extrem erhöht. Sollten nicht bald geeignete Modelle für eine bessere Verzahnung von Ganztagschule und Musikschule entwickelt werden, wird musikalische Bildung an Musikschulen wohl zum Auslaufmodell werden.

Neben der schlechten Bezahlung müssen die vielen freiberuflichen Musikschullehrkräfte auch bei der sozialen Sicherheit mit äußerst schlechten Bedingungen zurechtkommen. Ein Drittel der Beschäftigten hat nur befristete Verträge, und die Kündigungsfristen sind überwiegend kurz: 69,5% der freiberuflich tätigen Befragten gaben Kündigungsfristen von 6 Wochen oder weniger an, und nur 10,4% haben wenigstens 6 Monate Kündigungsfrist. Obwohl viele Beschäftigungsverhältnisse über relativ lange Zeiten bestehen, führt die Kurzfristigkeit und Unberechenbarkeit von Vertragsbefristung zu einer ständigen Unsicherheit, die eine langfristige Lebensplanung nahezu unmöglich macht. Auch eine Krankheit wird für die meisten freien Lehrkräfte schnell existenzgefährdend, da nur 13,1% eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhalten. An dieser Stelle steht Berlin ausnahmsweise positiver da als die anderen Regionen. In Berlin gaben 36,7% der Befragten an, eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu erhalten (übrige Länder 8% - 9%).

Ein großer Teil der Befragten ohne Festanstellung ist durch die Künstlersozialkasse kranken- und rentenversichert (77,9%). Allerdings ist diese Absicherung nur eine Minimalabsicherung. Aufgrund der extrem niedrigen Jahreshonorare sind auch die Rentenerwartungen in den meisten Fällen unterhalb des Existenzminimums. Aber auch die Krankenversicherung ist nicht gut auf die Bedürfnisse freiberuflicher Musiklehrerinnen und Musiklehrer ausgerichtet. Da das Krankentagegeld bei Versicherten der KSK erst ab dem 43. Tag einer Erkrankung gezahlt wird, müssen Betroffene die ersten 6 Wochen ihrer Krankheit völlig ohne finanzielle Unterstützung auskommen. Diese Regelung, die für fest Angestellte mit 6 Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ausgelegt ist, ist für freie Mitarbeiter ohne Lohnfortzahlung verheerend.

Erwartungsgemäß bestehen die meisten Beschäftigungsverhältnisse (69%) mit öffentlichen Musikschulen. Mit privaten Musikschulen bestanden bei dieser Umfrage nur 12% der Beschäftigungsverhältnisse, wohingegen 19% der Fragebögen privaten Musikunterricht betrafen. Der größere Teil des Privatunterrichts wird dabei von Lehrern erteilt, die auch an einer öffentlichen oder privaten Musikschule unterrichten. Nur 45% der Privatlehrer sind ausschließlich als Privatlehrer tätig. Das Jahreshonorar dieser ausschließlichen Privatlehrer war im Durchschnitt mit 12.630 € weitgehend identisch mit den Jahreshonoraren der übrigen freien Mitarbeiter. Bemer-

kenswert ist, dass auch der Wunsch nach einer Festanstellung in dieser Gruppe nur geringfügig niedriger (65%) ist, als bei den freien Mitarbeitern von Musikschulen.

Der Beruf „Musikschullehrer“ ist tendenziell ein Frauenberuf. 55,4% der Befragten sind weiblich (44,6% männlich). Bei dieser Situation ist es besonders problematisch, dass es für freie Mitarbeiterinnen an Musikschulen nahezu nirgends (3,1%) Mutterschutz gibt. Besonders überraschend ist jedoch die Tatsache, dass Frauen bei Vollzeitstellen extrem benachteiligt sind. Obwohl die Frauen unter den Befragten deutlich in der Mehrheit waren, sind über 60% der Vollzeitstellen mit Männern besetzt. Das bedeutet, dass auf eine Frau mit einer Vollzeitstelle 1,9 Männer mit Vollzeitbeschäftigung kommen. Diese Ungleichheit kann nicht auf den Wunsch der Frauen zurückgeführt werden, denn der Anteil von Frauen, die sich eine Vollzeitstelle wünschen, war mit 34,6% sogar höher als bei den Männern (32,3%). Auch das Jahreshonorar von freien Mitarbeiterinnen an Musikschulen ist mit 12.102 € noch niedriger als bei den Männern (12.795 €). Da sich die Stundenhonorare jedoch nicht unterscheiden, liegt diese Differenz daran, dass Frauen weniger unterrichten. Dabei gaben Frauen mit 54,3% häufiger als Männer (47,9%) an, aus finanziellen Gründen mehr unterrichten zu wollen.

Im zweiten Teil der Umfrage wurde nach den Erfahrungen mit Kooperationen zwischen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen gefragt. Hier zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten solchen Kooperationen positiv gegenübersteht. Nur 9,7% aller Befragten gaben an, diese Unterrichtsform abzulehnen. Die Zahl derjenigen Befragten, die in einer Kooperation arbeiten, ist mit 39,6% gegenüber der Befragung 2008 (30%) weiter gestiegen.

Die Beurteilung der Bedingungen in der Kooperation hat sich gegenüber 2008 positiv entwickelt. Die Organisation wurde zu 62% (2008: 52%) positiv beurteilt. Die Zusammenarbeit mit den Lehrern der allgemeinbildenden Schule wurde von 62% (2008: 55%) und die räumlichen Bedingungen von 51% (2008: 48%) der Befragten positiv beurteilt. Auch bei der Bezahlung stieg die positive Beurteilung von 35% bei der Befragung 2008 auf 44% bei der aktuellen Befragung. Diese Werte bedeuten jedoch umgekehrt, dass über die Hälfte der Befragten mit der Bezahlung nicht einverstanden ist. Auch bei den übrigen Bedingungen sollte die große Zahl derjenigen, die sich eher negativ geäußert haben, nicht übersehen werden.

Leider hat noch kein Umdenken im Hinblick auf die nötige Qualifikation der Musikschullehrer, die in Kooperationen unterrichten, stattgefunden. Der Anteil von Musikschullehrern, die eine vom Arbeitgeber finanzierte Qualifizierung erhalten haben, liegt mit nur 44,5% nicht wesentlich über dem Ergebnis von 2008 (41%). Eine weitere alarmierende Entwicklung ist, dass inzwischen 16,4% der in einer Kooperation Tätigen angaben, dass ihr Unterricht den regulären Schulmusikunterricht ersetzt (2008: 13%).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass zwar vieles im Vergleich zur Umfrage 2008 schlechter geworden ist, sich jedoch nahezu nichts verbessert hat. Obwohl viele Politiker nach dem Erscheinen der letzten Umfrage den Eindruck vermittelten, die Probleme tatsächlich erkannt zu haben, wurden keinerlei Schritte zur Verbesserung der prekären der Situation der Lehrkräfte unternommen. Die weitere Zunahme der freien Mitarbeiter an Musikschulen zeigt, dass offensichtlich in erster Linie auf Kostensenkungen geachtet wird, obwohl die Anforderungen ständig steigen. Dabei wird das Engagement der Lehrkräfte gerne ausgenutzt: 68% der freien Lehrkräfte an Musikschulen leisten im Schnitt 3,4 Stunden unbezahlte Zusatzarbeit pro Monat.

Im freien Fall

Von der enormen Bedeutung, die der musikalischen Bildung in Sonntagsreden gerne zugewiesen wird, ist für die Lehrkräfte im realen Leben nichts zu spüren. Dabei zeigt die zunehmende Verbreitung von Kooperationsprojekten wie JeKi, JEKISS und anderen, dass ein enormer Bedarf an qualifizierten Lehrkräften besteht. Dabei könnte gerade die Zunahme der freien Beschäftigung an Musikschulen diese Projekte erheblich gefährden. Während bei der normalen Musikschularbeit durch entsprechende Verträge der Nachweis einer Scheinselbständigkeit unter Umständen verhindert werden kann, dürfte dies in Kooperationen, bei denen Lehrer weder den Ort noch den Zeitpunkt oder die Schüler selbst auswählen können, zunehmend schwieriger werden.

Wenn die Ideen von der Bildungsrepublik und dem Kulturland Deutschland tatsächlich ernst gemeint sind, ist es überfällig, diejenigen, die diese Ideen umsetzen, angemessen zu behandeln. Deutschland benötigt dringend einen Rettungsschirm für seine musikalische Bildung.

Anja Bossen, Jürgen Simon

September 2012